



Das Phänomen »Tea Party«

Seit 2009 besteht unter dem Namen »Tea Party« eine äußerst einflussreiche politische Bewegung am rechten Rand der »Republican Party«. Über ihre Entwicklung und ihre Bedeutung sprach Horst Zimmer mit Dr. Lawrence Rosenthal. Er ist Direktor des »Berkley Center for Right-Wing Studies« an der Universität von

Kalifornien, USA, und mit Christine Trost Herausgeber des Buchs »Steep. The Precipitous Rise of the Tea Party« (University of California Press, 2012).

dr: Was genau ist die »Tea Party«? Ein Netzwerk? Eine Bewegung?

LR: Dafür muss ich etwas ausholen. Die beste Beschreibung der »Tea Party« ist: Sie ist eine soziale und politische Bewegung, die aus zwei Strömungen besteht. Eines ist das sehr starke Primat des freien Markts. Dieser wurde maßgeblich von der konservativen Unternehmenselite als Gegenmodell zu der Politik des »New Deal« unter Franklin Roosevelt entworfen, das die Ideologie der konservativen Bewegung geformt hat, die seit den 1930er Jahren daran arbeitet, die »Republikanische Partei« zu dominieren, um die Ausrichtung der Sozialpolitik des »New Deal« und seine liberalen Nachfolger zu überwinden.

Bis 1980, als mit der Wahl von Ronald Reagan die konservativen Verfechter des freien Markts an die Macht gekommen sind, mussten diese außerhalb dieses Machtzirkels für ihre Ziele kämpfen. Und seit der amerikanischen Konservatismus an die Macht gekommen ist, bewegt er sich konstant nach rechts. Trotzdem zeigt er sich dauerhaft unzufrieden mit den Kompromissen, die durch die machthabende Konservative eingegangen werden, und sieht sich selbst weiterhin als aufständische Kraft.

Das zweite Element ist der rechte Populismus, der in den vergangenen hundert Jahren immer wieder aufgetaucht ist. So waren dessen führende Protagonisten maßgeblich an der Durchsetzung der Prohibition im Zeitraum zwischen 1919 und 1933 beteiligt. In ihrer Weltsicht war der »Dämon Alkohol« die Erklärung für die durch Immigration, Verstädterung und Industrialisierung hervorgerufenen Umbrüche zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Dieser Rechtspopulismus hat auch gegen die Lehre der Evolutionstheorie an den Schulen Front gemacht, steht sie doch im Widerspruch zur fundamentalistischen, wortgetreuen Auslegung der Bibel. Mit der Aufhebung der Prohibition und der juristischen Niederlage im sogenannten »monkey trial« 1925 – es ging dabei um die strafrechtliche Verfolgung der Lehren der Evolutionstheorie im Bundesstaat Tennessee – verschwand der Rechtspopulismus für mehrere Jahrzehnte von der Bildfläche.

In den 1960er Jahren tauchte der Rechtspopulismus wieder aus der Versenkung auf. Seine Protagonisten sahen sich einer noch nie dagewesenen Bedrohung ausgesetzt: Die Bürgerrechtsbewegung kämpfte für die Aufhebung der rassistischen Diskriminierung, die Frauenbewegung forderte ihre Rechte, die Anti-Kriegsbewegung befand sich auf ihrem Höhepunkt, Abtreibungen wurden legalisiert, das Schulgebet abgeschafft und die allgemeine Moral durch »Sex, Drugs and Rock'n'Roll« untergraben. Als Reaktion fanden sich in den 1970er

Jahren die beiden Elemente – Verfechter des absolut freien Markts und die traditionellen Populisten – in einer konservativen Bewegung zusammen. Ende des Jahrzehnts bekam diese Bewegung Zugang zur Macht und sollte die amerikanische Politik für die nächsten 25 Jahre dominieren.

Die »Tea Party« ist eine weitere machtvolle Erscheinungsform dieser beiden politischen Strömungen – allerdings mit einer Radikalität, die neu ist. Viele wurden von ihrem Erscheinen und ihrem Erfolg überrascht: War doch die herrschende Meinung, die konservative Bewegung sei nach dreißig Jahren an der Macht mit der katastrophalen Präsidentschaft von Georg W. Bush am Ende.

dr: Wo sehen Sie die Ursachen für den Aufstieg der »Tea Party«?

LR: Zwei Ereignisse haben im Herbst 2008 entscheidend zur Wiederauferstehung des Rechtspopulismus und der Verfechter des absolut freien Markts beigetragen: die an die 1930er Jahre erinnernde Finanzkrise und die Wahl von Barack Obama zum Präsidenten der USA.

Die Markttradikalen sind sehr schnell dazu übergegangen, die Krise für ihre langfristigen Ziele, wie zum Beispiel die Absenkung der Steuerabgaben auf ein Minimum sowie den Rückbau des Sozialsystems, auszunutzen. Rasch hatten sie die maßgeblichen Themen der »Tea Party« vorgegeben, indem sie nationale Netzwerke bildeten – oft im Internet –, die sich regelmäßig mit konservativen Massenmedien absprachen und koordinierten. Als sich dann die »Tea Party«-Gruppen sprunghaft verbreiteten, wurden diese durch die rechten Aktivisten logistisch, strategisch und politisch unterstützt. Zudem wurden auf lokaler Ebene Anführer gefördert (speziell die mit finanzpolitischem Schwerpunkt), die zum Teil national bekannt wurden.

Die »Tea Party« setzt sich im Übrigen überwiegend aus der weißen oberen Mittelschicht zusammen mit einem Altersdurchschnitt jenseits der 50. Die Finanzkrise – mit dem drastischen Wertverlust auf dem Immobiliensektor – hat bei ihnen eine Panik ausgelöst. Ihre relativ stabile und sichere ökonomische Situation erschien plötzlich gefährdet.

Und, das muss gesagt werden, die »Tea Party«-AnhängerInnen sehen sich selbst als die »echten Amerikaner«, die ihren Wohlstand durch lebenslange harte Arbeit verdient haben. Sie betrachten Liberale, Gewerkschaften und häufig Minderheiten als Kräfte, die sie enteignen und ihr Eigentum an diejenigen verteilen wollen, die es nicht »verdient« haben – sprich die Armen, die nie hart gearbeitet hätten.

Die Wahl eines afro-amerikanischen demokratischen Präsidenten verwandelte diese Panik in eine politische Bewegung. Der alte Unmut über den »kulturellen Elitismus« der Demokraten – in den Augen der Rechtspopulisten »denken die Liberalen, dass sie alles besser wissen; auch wollen sie uns vorschreiben, wie wir unser Leben gestalten sollen« – kombiniert mit der Angst vor dem sozialen und ökonomischen Abstieg – »uns« wird etwas weggenommen, um es den »anderen« zu geben – ist eine starke Motivation, um Millionen unter dem Bann der »Tea Party« zu mobilisieren.

Diese Gefühlsgemengelage hat dabei zu einer tiefgreifenden Übereinstimmung zwischen der populistischen Basis und den Marktradikalen geführt. Für die »Tea Party«-AnhängerInnen stellt die liberale Sozialpolitik einen Versuch dar, die ökonomische Sicherheit zu unterminieren, während die Marktradikalen das Ziel haben, den Wohlfahrtsstaat zu überwinden. Was aber die »Tea-Party« letztlich auf die politische Landkarte brachte, war deren erbitterter Widerstand gegen Obamas Bestrebungen, eine Krankenversicherung für alle BürgerInnen einzuführen. Für die »Tea Party«-AnhängerInnen bedeutet dies, dass eines ihrer Privilegien – eine verbindliche Krankenversicherung – einer Gefahr ausgesetzt würde, einfach weil anderen, die dies ihrer Ansicht nach nicht verdienten, etwas ähnliches angeboten würde.

dr: Aber kann denn die »Tea Party« tatsächlich als »Graswurzel-Bewegung« bezeichnet werden?

LR: Gute Frage. In den USA wird dies unter der Fragestellung diskutiert – »Graswurzel- oder Astroturf-Bewegung«? Letzteres ist die Bezeichnung für Kunststrassen, wie er in den 1960er Jahren für die Baseball-Indoor-Stadien in den USA entwickelt wurde.

Die Antwort ist, dass die Bewegung beides ist. Während der »Astroturf«-Flügel – etablierte rechte Institutionen – die Bewegung formte und seinen Fokus auf den absolut freien Markt lenkte, wurde seinen AnhängerInnen klar, dass all die landesweit entstehenden Gruppen mit großer Eigenständigkeit agieren würden. Ein gutes Beispiel für den begrenzten Einfluss der »Astroturfs« war die Position der Bewegung zu Obamas Initiative zur Etablierung einer Krankenversicherung. Für die Marktradikalen ist die Opposition gegen die Krankenversicherung Teil der allgemeinen Ablehnung jeglicher staatlichen Wohlfahrt – insbesondere der Pensionen und des Medicare, der Krankenversicherung für Pensionierte. Und ihrer Meinung nach sollte die »Tea Party« selbstverständlich auch für ihren Rückbau eintreten sowie gegen die Ausweitung der Krankenversicherung (»Tea Party«-Jargon: »Obamacare«) für die 40 bis 50 Millionen unversicherten BürgerInnen der USA. Doch in diesem Fall zogen die Populisten nicht mit. Sie waren nicht per se gegen den Wohlfahrtsstaat, sondern nur dagegen, ihn auf andere Menschen auszuweiten. Bester Ausdruck dafür war ein Protestbanner mit der Parole »Regierung: Hände weg von meinem Medicare« auf zahlreichen Demonstrationen gegen »Obamacare«.

Weiterhin ist es so, dass die »Astroturfs« mit ihrem Fokus auf eine Politik des freien Marktes die Bewegung von der »sozialen Frage« abkoppeln wollen, die eigentlich eine Sammlung von moralischen und oft auch religiösen Standpunkten ist, die zentrale Bedeutung für die rechten TraditionalistInnen haben. Dabei geht es beispielsweise um die Ablehnung von Abtreibungen und die Trennung von Staat und Kirche. Deswegen vertreten die »Astroturfs« die Ansicht, die Fokussierung auf die »soziale Frage« sei eine Vorliebe der liberalen Medien, um die »Tea Party« als »hinterwäldlerisch« in einem negativen Licht darzustellen. Aber an der

Basis der rechten TraditionalistInnen wird daran nicht gezweifelt. In einer Ortsgruppe in Pennsylvania entbrannte beispielsweise ein heftiger Streit darüber, ob denn die »soziale Frage« nun Teil der Agenda sei oder nicht. »Gott hat mich nicht vier Monate jeden Morgen um vier Uhr geweckt, um zu sagen: Wir haben ein Steuerproblem«, so fasste es schließlich ein Aktivist zusammen: »Er hat mich geweckt, weil er sagte: Mein Land liebt mich nicht mehr so wie es mich mal geliebt hat.«

dr: Ich finde aus deutscher oder europäischer Perspektive die »Tea Party« sehr befremdend, weil sie offenkundig so irrational ist. Ihre AktivistInnen leugnen den Klimawandel und glauben an Verschwörungen wie die, dass Obama kein US-Amerikaner sei. Was ist das für eine seltsame Basis?

LR: Sie beziehen sich damit auf die »Besonderheiten« des populistischen Flügels der »Tea Party«, Rechtspopulismus in den USA hat immer Elemente von christlichem Fundamentalismus und Nativismus beinhaltet. Zusätzlich dazu haben seit langem existierende und häufig extrem rechts angesiedelte Organisationen versucht, auf der »Tea Party«-Welle zu reiten. Manchmal schaffen es deren politische Positionen, wie zum Beispiel ihr Waffenfanatismus und ihr Hang zu bewaffneten Milizen, bis in die Diskurse und Demonstrationen der »Tea Party«, auch wenn das eine Verfälschung des Kerns der »Tea Party« ist.

Um die »Tea Party« zu begreifen, ist es zentral, ihr Selbstbild, ihre Identität zu verstehen. Wie bei vielen rechten Bewegungen ist die Eigenwahrnehmung der »Tea Party« als die »echten Amerikaner« ein Konstrukt in Abgrenzung zu den »Anderen«. Für sie sind die »Anderen« die Fremden, die Nicht-Christen. Eine in der Tat befremdliche Sache ist die Neigung, Obama persönlich und den Liberalismus der »Demokratischen Partei« mit »fremden« und »feindlichen« Ideologien gleichzusetzen, mit Kommunismus, Nationalsozialismus und Obama wahlweise als Hitler oder Stalin zu bezeichnen. Manchmal verdammen sie den Liberalismus aber einfach auch als »europäisch«. Interessant ist die Beobachtung, dass, als 1993 mit Bill Clinton zuletzt ein Demokrat Präsident wurde, die Aktivitäten auf Seiten der extremen Rechten zunahm – seinerzeit in erster Linie bei der Miliz-Bewegung. In beiden Fällen herrschte die Meinung, nach den Jahren der republikanischen Herrschaft regiere jetzt jemand »Unamerikanisches« das Land. Bei der extremen Rechten herrscht das Gefühl, »ihr Land« sei unter eine Fremdherrschaft gekommen. Das vielleicht verbreitetste Gefühl in der »Tea Party« ist die Notwendigkeit, »unser Land« zurückzuerobern – von den »Unamerikanern«, die es genommen haben. Im Fall von Obama ist auch die »Rassenfrage« involviert. Ausgesprochener Rassismus ist mittlerweile ein Tabu in der amerikanischen Politik, sogar bei den konservativsten Vertretern. Wenn heute Rassismus in der amerikanischen Politik auftaucht, dann meistens über Umwege. Die unter der »Tea Party« weit verbreitete Überzeugung, dass Obama nicht in den USA geboren wurde (und somit verfassungsmäßig kein legitimer Präsident sei) personifiziert die »Fremdheit« der »Demokratischen Partei« wie nie zuvor. Diejenigen aus der extremen Rechten, die ihn einen Moslem nennen, setzen ihn damit mit dem derzeit größten Feind der USA gleich – ähnlich wie die Bezeichnung »Liberaler«, »Kommunist« oder »Faschist« im 20. Jahrhundert mit den großen Feinden Amerikas assoziiert wurde. Diese extreme Zuschreibung des »Fremden« in der Person von Obama ist der dominierende Teil des indirekten Rassismus, der den schwarzen Mann im Weißen Haus trifft.

dr: Vielen Dank für das Gespräch.